3. Zukünftige Verkehrsgestaltung mit innovativen Mobilitätsformen

Antrag des Regierungsrates vom 8. Juni 2022 zum Postulat KR-Nr. 47/2019 und Antrag der KEVU Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 22. November 2022

Vorlage 5841

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Das Postulat verlangte einen Überblick, wie die Verkehrsgestaltung im Strassenraum in der Zukunft aussehen wird, wenn dereinst selbstfahrende Fahrzeuge in grösserer Zahl unterwegs sind. In seinem Bericht liefert der Regierungsrat eine gute Auslegeordnung unter Einbezug der zurzeit vorliegenden Studien.

Automatisiertes Fahren wird im Jahr 2050 voraussichtlich einen Anteil von ein bis zwei Drittel am motorisierten Verkehr haben. Es wird also eine lange Übergangsphase geben, in der ein Mischverkehr zwischen individuellem und automatisiertem Fahren im Zentrum steht. Darauf sind die Regulierungen auszurichten. Dabei ist klar, dass wichtige Hebel zum Beispiel zu den technologischen Entwicklungen, den Zulassungsbedingungen oder den Datenschnittstellen auf Bundesebene oder sogar auf internationaler Ebene liegen.

Der Kanton seinerseits hat eine Strategie betreffend Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich, kurz DiNaMo. Damit will der Regierungsrat das Potenzial des automatisierten Fahrens grundsätzlich nutzen, unter anderem durch Integration von kollektiven automatisierten Angeboten im Bereich des öffentlichen Verkehrs oder als On-Demand-Angebote in Gebieten oder Tagesrandzeiten, wo der öffentliche Verkehr nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Er will aber auch mit verschiedenen Massnahmen gute Rahmenbedingungen für Sharing- und Pooling-Angebote schaffen.

Insgesamt konnte die KEVU feststellen, dass das kantonale Amt für Mobilität die Entwicklung in diesem Bereich aktiv verfolgt und mitgestaltet. Die Kommission beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Wir haben damals die Ablehnung verlangt, da aus unserer Sicht nicht viel Neues zu erwarten war. Ein in gleiche Richtung gehender Vorstoss der GLP war kurz vor dieser Überweisung betreffend selbstfahrenden Autos behandelt worden. Unsere Erwartungen haben sich erfüllt. Die Verwaltung hat hier einen grossen Mehraufwand betrieben, ohne einen grossen Mehrwert zu generieren. Die ganze Problematik mit der Verkehrsgestaltung ist im Zusammenhang mit dem Handlungsprogramm DiNaMo des Amtes für Mobilität angekommen. Wir schreiben ab.

Felix Hoesch (SP, Zürich): Ich freue mich, dass dieses Postulat auch von uns zur Erarbeitung von DiNaMo geführt hat. Dieses Dokument bietet eine gute Übersicht, wo die Handlungsansätze wären. Aber leider bleibt es beim Konjunktiv. Die

Regierung will weiter einfach nur beobachten. Echte Ansätze, wirklich etwas zu verändern, werden nicht gesucht.

Noch ein paar Themen aus dem Postulat und DiNaMo, die mir heute wichtig sind: Das Postulat ist bereits fünf Jahre alt. Erstens das Sharing: Hier sehe ich weiterhin ein Potenzial, um die immer noch wachsende Autoflut zu bremsen. Wenn Fahrzeuge nicht nur privat genutzt werden, sind sie viel öfter Fahrzeuge und nicht Stehzeuge. Mobility und PubliBike machen es vor; selten nutze auch ich diese Angebote gerne. Vor allem an Verkehrsdrehscheiben muss immer an Sharing-Angebote und den entsprechenden Platz gedacht werden.

Zweitens Pooling: Dafür geht es uns in der Schweiz offensichtlich zu gut. Da sehe ich, wie die Regierung auch, mittelfristig keinen Nutzen.

Drittens selbstfahrende Fahrzeuge: Vor fünf Jahren, beim Einreichen des Postulates, waren wir noch viel optimistischer für eine schnelle Einführung. Inzwischen sehe auch ich, dass das noch weit in der Zukunft liegt. Aber die Szenarien sagen jetzt schon, dass ein deutlicher Mehrverkehr zu erwarten ist, wenn die selbstfahrenden Autos in Privatbesitz sind und nur selten genutzt werden. Den Platz haben wir in unseren Städten und Agglomerationen aber nicht. Ich werde mich weiterhin politisch dafür einsetzen, dass selbstfahrende Fahrzeuge öffentlich genutzt werden, und die Energieverschleuderung für Leerfahrten will ich mir erst gar nicht ausmalen.

Beim Lesen der Postulatsantwort ist mir ein Schmunzeln gekommen, als die selbstfahrende Metro in Lausanne erwähnt wird. Da sind wir in Zürich doch schon viel früher dabei: Die Seilbahn Rigiblick ist seit 1979 selbstfahrend.

Fazit: Der öffentliche Verkehr bleibt bezüglich Platzbedarfes und Energieverbrauchs neben dem Velo und dem Fussverkehr unschlagbar. Darum müssen wir diesen Service Public weiter ausbauen. Abschliessend: Wir bleiben am Thema dran, schreiben aber heute ab. Herzlichen Dank.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Die FDP ist bereit, das Postulat abzuschreiben. Wir bedanken uns bei der Regierung für den ausführlichen Bericht, der einmal mehr die Chancen, aber eben auch die Hindernisse von innovativen Mobilitätsformen aufzeigt. Wobei es nicht nur um die selbstfahrenden Fahrzeuge geht, sondern um verkehrsplanerische Fragestellungen, wenn dann dereinst autonome Fahrzeuge unterwegs sein werden, und zwar nicht nur auf Testgeländen, sondern in grösserer Anzahl in den Strassen unserer Städte und Gemeinden. Es ist nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema sprechen. Die Volkswirtschaftsdirektion hat in unseren Augen die Aufgaben gemacht. Sie hat die Strategie zur Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich vorgelegt, und unser Kanton verfügt über eine Strategie und ein Handlungsprogramm im Umgang mit neuen Mobilitätsformen.

Die FDP betrachtet den Bericht der Regierung zu diesem vorgelegten Postulat als einen sehr informativen Werkstattbericht. Wir danken insbesondere für die tabellarische Zusammenstellung der Zuständigkeiten auf nationaler und kantonaler Ebene. Damit wird einmal mehr klar, dass der Kanton nur in kleinen Teilen über-

haupt eine Hoheit hat. Es ist aber wichtig, dass nicht nur die Zuständigkeiten aufgefächert werden, sondern dass auch eine Priorisierung vorgenommen wird. Auch das macht die Volkswirtschaftsdirektion. So wird das Mobility Pricing mit der Prioritätsstufe hoch zertifiziert.

Wir sind also zufrieden mit der Antwort der Regierung. Die Vorarbeiten sind gemacht, wenn dereinst auf nationaler oder internationaler Ebene die Rahmenbedingungen gesetzt werden. Damit wir vom autonomen Fahren auf unseren Strassen überhaupt Gebrauch machen können, werden die Regierung und die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für Mobilität sicherlich eine Antwort parat haben. Wir sind im Moment zufrieden und schreiben das Postulat ab. Besten Dank.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Bei der Mobilität ist es besonders wichtig, dass zukünftige Entwicklungen antizipiert und früh eingeplant werden. Mit dem Programm DiNaMo und mit der Gründung der Abteilung «Mobilitätsentwicklung und Steuerung» im Amt für Mobilität hat der Kanton Gefässe geschaffen, mit denen er dies tun kann. Gleichzeitig ist aber auch klar, bei der Mobilität ist vieles auf Bundesebene geregelt. Beim hier besprochenen Thema der selbstfahrenden Fahrzeuge werden sogar internationale Bestimmungen notwendig sein. Wir sprechen hier über technische Normen, Zulassungsbedingungen, Datensicherheit oder ethische Fragestellungen.

Wir haben in der Kommission einen umfassenden Überblick unter Einbezug aller verfügbaren Studien erhalten. Wir begrüssen es, dass der Kanton Zürich die Entwicklungen aktiv verfolgt und wo möglich mitgestaltet. Wir begrüssen zudem, dass der Kanton im Bereich von Sharing- und Pooling-Angeboten noch Potenzial sieht, dieses gemeinsam mit den Städten und Transportunternehmen angeht und dabei auch eine mögliche Kombination mit der Förderung der Elektromobilität sieht. Einen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf gibt es jedoch zurzeit nicht. Wir schreiben ab.

Florian Meier (Grüne, Winterthur): Wie werden wir uns in Zukunft fortbewegen, wenn selbstfahrende Fahrzeuge verbreitet sind? Mit dieser Frage sollte sich der Regierungsrat bei der Beantwortung des Postulats beschäftigen. Das Ergebnis war ein recht ausführlicher und umfangreicher Bericht.

Eine wichtige Erkenntnis daraus: Der Bund rechnet mit einer langen Übergangsphase, bis sich automatisierte Autos durchsetzen. Auch dann bleibt ein grosser Teil konventioneller Autos im Verkehr. Wenn überhaupt, werden in 30 Jahren wohl automatisierte und konventionelle Autos gemeinsam unterwegs sein. Die Infrastruktur muss also für beide passen. Automatisierte Autos lösen das Umweltproblem der Autos aber nicht.

Erstens, wenn automatisierte Fahrzeuge für Sharing verwendet werden, entstehen unweigerlich Mehrfahrten und Fahrten mit geringer Besetzung. Sie führen also zu Mehrverkehr, mehr Verkehrslärm und mehr Energieverbrauch.

Zweitens, die konventionellen Verkehrsträger, nicht nur das Auto, sondern auch die ökologischeren wie ÖV, der Fuss- und Veloverkehr kommen wahrscheinlich unter Druck und werden vermutlich zu einem gewissen Teil abgelöst.

Und drittens, auch automatisierte Fahrzeuge sind keine Perpetuum-Mobiles. Sie verbrauchen Energie wie jedes konventionell gesteuerte Auto. Wenn selbstfahrende Autos helfen, den Verkehr ökologischer zu machen, dann gut, wenn nicht, müssen diese früh genug reguliert werden. Genau deshalb müssen hier zukünftig Schwerpunkte gesetzt werden. Wir schreiben das Postulat ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): In seinem Vernehmlassungs-Statement vom 18. Oktober 2023 bringt es der Bundesrat auf den Punkt: Seiner Ansicht nach können automatisiert verkehrende Fahrzeuge die Verkehrssicherheit erhöhen und einen Verkehrsfluss verbessern. Zudem würden sie neue Möglichkeiten für die Wirtschaft und für Verkehrsdienstleister eröffnen. Ebenso hält er fest, dass sich Fahrzeuge mit einem Automatisierungssystem positiv auf die Umwelt auswirken, indem sie eine defensive sowie effiziente Fahrweise aufweisen, tendenziell die Ausbreitung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb fördern und Möglichkeiten für neue, nachhaltige verkehrsträgerübergreifende Mobilitätsangebote mit optimierter Auslastung und effizienterem Einsatz der Fahrzeuge schaffen. Damit könne eine Reduktion des CO₂-Ausstosses, anderer umweltschädlicher Emissionen sowie des verkehrsbedingten Lärms erwartet werden.

Unser Regierungsrat sieht das in seinem ausführlichen Bericht ähnlich, auch wenn er eher etwas defensiver ausführt, dass die automatisierte Mobilität grundsätzlich ein grosses Potenzial aufweist. Dass das Amt für Mobilität die Entwicklung der zukünftigen Mobilität aktiv verfolgen will, ist löblich, stellt aber gerademal das absolute Minimum und deshalb noch ein ausbaubares Engagement in diesem Thema dar. Wir vertrauen aber darauf, dass der Regierungsrat trotz seiner wenig verbindlichen Aussagen noch Taten folgen lässt, und sind deshalb bereit, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet. Das Postulat ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.